



Schalten und walten

3.000 demonstrieren gegen Eingriff in die Selbstverwaltung der KZVB

Seit 25.2.2004 gehen die Uhren in der Selbstverwaltung KZVB anders: Sie verwaltet nicht mehr selbst, sie wird verwaltet. Die KZVB steht unter Kuratel des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. Der Beauftragte gemäß § 79 a SGB V hat Vertreterversammlung und Vorstand von ihren Aufgaben entbunden, die Verwaltung erhält Anweisungen aus dem Ministerium. Gegen diesen „undemokratischen Eingriff in die Selbstverwaltung“ demonstrierten am 3. und 10.3.2004 – dem Aufruf des FVDZ-Landesverbandes folgend – über 3.000 Zahnärzte, Zahnärztinnen und Praxismitarbeiterinnen in München.

Mittwoch, 10.3.2004, 15:15 Uhr: 3.000 Teilnehmer ziehen friedlich demonstrierend vom Harras zum Zahnärzthehaus und legen für eine Stunde die Plinganserstraße stadtauswärts lahm. Der Frust einer Berufsgruppe, die sich staatlich verwaltet weiß, spiegelt sich auf den Transparenten wider: „Staatskommissar = Staatsmedizin“, „Willkür und Politikermacht, uns allen schwer zu schaffen macht“, und „Kassenmacht = Patientenohnmacht“. Der Protest richtet sich zwar in erster Linie gegen die Einsetzung des Staatskommissars. Die Teilnehmer greifen aber auch das „unsoziale GKV-Modernisierungsgesetz“ auf: „GMG – Jobkiller für Helferinnen“, „Gesundheitsreform: bürokratisches Monster aus der planwirtschaftlichen Mottenkiste“ und „Stoiber in Passau: GMG ist Pfusch – Stewens in München: GMG muß durchgesetzt werden“.

Rückblende

Eine Woche zuvor fordern rd. 300 Teilnehmer einer spontanen Kundgebung vor dem Zahnärzthehaus den Auszug des Staatskommissars. In der gemeinsamen Pressekonferenz von FVDZ und BLZK informieren sich zahlreiche

HINTERGRUND

Während der Kundgebung am 3.3.2004 vor dem Zahnärzthehaus ereignete sich ein Vorfall, der vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Vergangenheit in höchstem Maße zu verurteilen ist. Auf dem Transparent eines Teilnehmers wurde die Einsetzung des Staatskommissars mit „totalitären Maßnahmen im NS-Regime“ verglichen. Trotz mehrfacher Aufforderung von verschiedenen Teilnehmern, darunter auch der Versammlungsleiter, das Transparent sofort zu entfernen, reagierte der Verfasser nicht. Die Polizei schritt nicht ein.

Das mediale Echo auf diesen verwerflichen Vergleich war verheerend – im doppelten Sinn. Nicht nur der Betroffene fühlte sich beleidigt und verunglimpft, auch Opfer des Nationalsozialismus wurden auf diese Weise mit den Schrecken jener Zeit erneut konfrontiert. Die eigentliche Botschaft der Zahnärzte blieb auf der Strecke.

Der Veranstalter der Kundgebung, der FVDZ-Landesverband, reagierte schnell und angemessen. Am 5.3.2004 entschuldigte sich Landesvorsitzender Thomas Thyroff öffentlich bei „den zahllosen unschuldigen Opfern des Nationalsozialismus und bei dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung“. Am gleichen Tag entschuldigte sich auch die Bayerische Landes Zahnärztekammer als Veranstalter der vorangegangenen Pressekonferenz. Im Rahmen ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wird die BLZK die Äußerungen berufsrechtlich ahnden. Am 7.3.2004 stellte sich der Verfasser der Verantwortung und trat von seinen standespolitischen Ämtern zurück. aw

Journalisten über Hintergründe der zahnärztlichen Protestaktion. VV-Delegierte kündigen an, gegen ihre Entmündigung Klage zu erheben.

10.3.2004, 16:30 Uhr, Zahnärzthehaus

„Frau Stewens, ziehen Sie Ihren Staatskommissar ab, und setzen Sie Vertreterversammlung und Vorstand der KZVB mit allen Rechten und Pflichten wieder in ihre Aufgaben ein“, appelliert der Initiator der Mittwochs-Demonstration, FVDZ-Landesvorsitzender Thomas Thyroff, im Beisein der 3.000 Demonstranten an Bayerns Sozialministerin.



Fotos: Wuttke/Dr. Müller/Dr. Nickl

3.000 Zahnärzte, Zahnärztinnen und Helferinnen folgten dem Aufruf des FVDZ-Landesverbandes und demonstrierten am 10.3.2004 gegen den unverhältnismäßigen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns und gegen das GKV-Modernisierungsgesetz.

Die sechs beanstandeten Beschlüsse zum GMG seien seitens des Ministeriums aufgehoben worden, damit gebe es für einen Verbleib des ministeriellen Beauftragten keine Grundlage mehr. Unterstützt wird seine Forderung von *Dr. Gunther Lichtblau*, Vorsitzender der KZVB-Vertreterversammlung: „Es ist eine fadenscheinige und durch nichts bewiesene Behauptung, wenn der Staatskommissar erklärt, daß die VV nach wie vor geltendes Recht nicht umsetzt.“ *Dr. Rolf-Jürgen Löffler*, derzeit nicht amtierender KZVB-Vorsitzender, fordert den Nachweis, „wo wir gegen Recht und Gesetz verstoßen haben“.

Unterstützung von außen

Eine Delegation aus Niedersachsen zeigt ihre Solidarität mit den bayerischen Kollegen.

Uneingeschränkte Rückendeckung erhalten die Zahnärzte in Bayern auch durch den Bundesvorstand des FVDZ. Bundesvorsitzender *Dr. Wilfried Beckmann* ist tief betroffen: „Jahrzehntelang hat die zahnärztliche Selbstverwaltung in Bayern mit hohem ideellen, persönlichen und finanziellen Aufwand die Versorgung sichergestellt. Und genau diese Sicherstellung ist jetzt durch die Einsetzung des Staatskommissars in Gefahr.“ Niemand anderes als die Zahnärzte selbst könnten entscheiden, wie die Versorgung der Patienten sicherzustellen sei. Wenn das bayerische Staatsministerium aber glaube, den Zahnärzten mit nicht zu akzeptierenden Maßnahmen den Mund verbieten zu können, dann irre der Staatsapparat. „Wir werden lauter denn je sagen, was uns nicht paßt



am *Seehofer-Schmidt* Konsensgesetz – und das ist einiges“, prophezeit Beckmann. Der gesundheitspolitische Sprecher der Bayern-FDP, *Dr. Otto Bertermann*, MdB, sichert den bayerischen Zahnärzten die Unterstützung seiner Partei gegen das GMG zu und warnt das Sozialministerium in Zusammenhang mit der Einsetzung des Staatsbeauftragten vor Eingriffen in das Presserecht.

Intervention der BLZK

Die Bayerische Landes Zahnärztekammer fordert die bayerische Staatsregierung auf, gemeinsam eine politische Lösung des Konflikts mit der KZVB zu suchen. In einem Schreiben an Ministerpräsident *Dr. Edmund Stoiber* weist Präsident *Michael Schwarz* darauf hin, daß Stoiber auf der einen Seite in seiner Aschermittwochsrede der Bundesregierung vorgeworfen habe, die Reform der sozialen Sicherungssysteme handwerklich unso-

lide zu betreiben, seine Sozialministerin auf der anderen Seite von der zahnärztlichen Selbstverwaltung aber verlange, diesen „bürokratischen Pfusch“ umzusetzen. BLZK-Präsident *Michael Schwarz* während der Kundgebung: „Hier versucht die eine Hand Wähler zu locken, während die andere Hand die demokratisch gewählten Vertreter der Zahnärzte mit Härte abstrafft.“

10.3.2004, 17:15 Uhr, Ende der Kundgebung

Eigentlich sollte Staatskommissar *Dr. Maximilian Gaßner* die Resolution der bayerischen Zahnärzte entgegennehmen. Daraus wird nichts, weil der Staatskommissar im Sozialministerium nicht abkömmlich ist. Man möge ihm das Dokument im Ministerium überreichen, lautet sein Vorschlag. FVDZ-Landesvorsitzender *Thomas Thyroff* lehnt ab.

Anita Wuttke

Die Resolution ist unter www.fvdz-bayern.de abrufbar.

GASTKOMMENTAR · GASTKOMMENTAR · GASTKOMMENTAR

Das Presseecho auf die Einsetzung des Staatskommissars war groß. Fernsehen, Hörfunk und Printmedien berichteten bundesweit und teilweise sehr ausführlich über die Situation der bayerischen Vertragszahnärzte. Am 4.3.2004 setzte sich die Passauer Neue Presse differenziert mit dem staatlichen Eingriff in die zahnärztliche Selbstverwaltung auseinander.

Der Ritt auf dem Tiger

von Cornelia Wohlhüter

Die bayerischen Zahnärzte haben lange mit dem Feuer gespielt – und einen Großbrand entfacht, vor dem sie nun fassungslos stehen. Sie fühlen sich ihrer Rechte beraubt. Als Mediziner wähten sie sich aufgerufen, gegen eine Gesundheitsreform zu arbeiten, die auch von der bayerischen Politik als Pfusch beschimpft wird. Aber Gesetz ist Gesetz: Sozialministerin *Christa Stewens* setzte den Zahnärzten einen Staatskommissar ins Haus.

Nun muß man freilich fragen, ob der zivile Ungehorsam der Zahnärzte gleich so drakonische Maßnahmen erfordert. Die Antwort darauf werden die Gerichte ge-

ben. Viel spannender aber ist, wie die Sozialministerin vom Tiger wieder runter kommt, den sie hier reitet. Eine ganze Berufsgruppe wurde entmündigt, die demokratisch gewählte „Selbstverwaltung“ ihrer Rechte enthoben. Das könnte gesetzestreue Zahnärzte auf die Palme bringen: Es wäre nicht das erste Mal, daß sich besonnene Bürger, selbst wenn sie sich vorher über das Vorpreschen ihrer Funktionäre geärgert haben, im Ernstfall solidarisieren. Die Dauer-Proteste, die nun angekündigt wurden, werden kaum zur Beruhigung beitragen.

Christa Stewens hofft auf eine neue Vorstandschaft, die möglichst bald gewählt werden soll. Dann will sie den Staatskommissar abziehen. Aber diese staatlich verordnete Wahl hat von vornherein einige Schönheitsfehler: Die Vertreterversammlung hat ja auch keine Rechte mehr. Wo also kommen die Wahlmänner her? Und woher die Kandidaten für die Spitzenämter des Verbandes? Und selbst wenn die Wahl organisiert werden kann, wer garantiert, daß nicht die Delegierten „grad extra“ ihre alten Standesvertreter wieder holen? Wer die Basis kennt, weiß, daß sie auf Eingriffe störrisch reagiert. Wie es dann weitergehen soll, weiß derzeit niemand im Ministerium.

Abdruck freigegeben mit freundlicher Genehmigung der Autorin.